ODENWALD KURIER

Zeitung der DKP für den Odenwald

Extra
Juli 2021

Guten Tag!

Es war vorauszusehen, dass der nächste Angriff gegen die gesetzliche Rente kommt. Prof. Dr. Börsch-Supan, wissenschaftlicher Beirat im Wirtschaftsministerium des Peter Altmeier (CDU) und Lobbyist der Versicherungskonzerne findet unsere Rente zu teuer für die Gesellschaft und empfiehlt eine weitere Anhebung des Renteneinstiegalters auf 68 Jahre.

Was daraus folgt: Weniger Rentenempfänger, niedrigere Renten.

Schon im Jahr 2019, also vor Corona, hatten 17 Prozent aller Verstorbenen das 67. Lebensjahr nicht erreicht, 14,6 Prozent erlebten sogar ihr 65. Jahr nicht mehr. Wer vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheidet, soll zukünftig noch höhere Abschläge hinnehmen.

Das derzeitige Rentenniveau von 48 Prozent nach 45-jähriger Beitragszahlung, führt jetzt schon bei Vielen zu Altersarmut. Diese Tendenz wird sich bis 2030 weiter verschärfen, wenn dann nur noch 43 % vom Nettoverdienst fällig sind. Nach 35 Jahren Arbeit mit mittlerem Einkommen erwerben Deutsche zur Zeit schon Rentenansprüche auf Hartz-IV-Niveau.

Das bedeutet, dass ein Arbeiter oder Angestellter, der zuletzt z.B. 2400 Euro netto verdiente, mit dem Einstieg in die Rente, mit weniger als 1200 Euro auskommen muss.

Ist diese Entwicklung alternativlos und müssen wir das hinnehmen?
Wir sagen NEIN!
Die Experten und Politiker sind von den massiven Rentenkürzungen gar nicht betroffen. Es ist daher dreist von Personen/Politikern regiert zu werden, die nichts in die Sozialkassen einzahlen. Als wirtschaftlich stärkstes Land in der EU sind wir mit den Renten im hinteren Mittelfeld. Die durchschnittliche Rente liegt in Deutschland bei ca. 1000 €/Monat. Einen deutlich höheren Anteil von ihren Löhnen bekommen Rentner aus den Niederlanden 95%, Österreich 91%, Luxemburg 88%, Italien 79%, Frankreich 67%, Dänemark 66%, Belgien 60% und gehen früher in Ruhestand.
Warum wird eigentlich nicht über die überhöhten Pensionen und Beihilfen (Quelle: Arbeitsministerium (BMAS), 2019 = 80,5 Mrd.€) in den Medien berichtet?

Die durchschnittliche Pension lag 2019 bei 3.100 €, die höchste über 10 .000 € ohne dass die Pensions-empfänger je auch nur einen Cent eingezahlt haben.

Dagegen wird die Rentenkasse durch die "versicherungsfremden Leistungen" Jahr für Jahr wie in einem Selbstbedienungsladen geplündert.

Peter Jochen Bosse kandidiert zu den Bundestagswahlen auf der Hessischen Landesliste für die Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Diese enorme Ungleichbehandlung widerspricht dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz, Art. 3 I Grundgesetz.
Die Mär von der steuerfinanzierten Rentenkasse!
Gerne wird von den Gegnern beitragsfinanzierter Renten behauptet, dass das marode gewordene Rentensystem durch Steuerzuschüsse subventioniert würde.

Das Gegenteil ist der Fall. 2019 wurden **109 Mrd.€ für Fremdleistungen** aus der Rentenkasse verwendet, die dafür im solidarischen Generationskonzept nicht vorgesehen sind. So wurden für die Mütterrente (14 Mrd.), Rente mit 63 (12 Mrd.); West-Ost-Transfer (30 Mrd.€); Fremdrentengesetz (6 Mrd.) aus der Rentenkasse entnommen.
Der Bundeszuschuss war 2019 aber nur **72 Mrd.€,** eine Deckungslücke von **37 Mrd.€.**
Ungedeckt seit 1957 sind 870 Mrd.€, ein Skandal!
Das sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die komplett über Steuern analog den Pensionen finanziert werden müssen! Die Renten könnten sogar erhöht werden, wenn dieser Missbrauch endlich gestoppt würde.
Dagegen werden die hohen Pensionen und Beihilfen über Steuern auf alle Bürger umgelegt. **Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen!**
P. J. Bosse

Eine gesetzliche Rentenversicherung gibt es in Deutschland seit 1891. Bis nach dem 1. Weltkrieg 1918 wurden in diese Versicherung Renten angespart. Zu Anfang der Weimarer Republik ab 1919 verlor das Geld durch die Hyperinflation den größten Teil seines Wertes. Deshalb ging man dazu über, die Rentenzahlungen aus eingehenden Beiträgen zu finanzieren.
Während der Zeit des Hitlerfaschismus wurden Gelder für Krieg und Rüstung aus der Sozialversicherung entwendet, so dass es 1945 an Rücklagen mangelte und die Renten aus Steuermitteln finanziert werden mussten.
Mit der **Rentenreform von 1957** wurde die Umlagefinanzierung eingeführt, die sich bis zum heutigen Tag bewährt hat.
Diese bewährte Sozialversicherung wird uns mit allerlei verlogenen Argumenten schlecht geredet, obwohl es keine besseren Alternativen gibt. Es sind die Lobbyisten aus der Versicherungswirtschaft und ihre Handlanger in den Parlamenten, die uns die mangelnde Finanzierbarkeit, durch eine im Wettbewerb stehende Wirtschaft, einreden wollen.

Welche Rente sich eine Gesellschaft leisten kann, hängt aber davon ab, wie viele arbeiten und wie produktiv sie sind.
Wieso soll die Rentenversicherung in Europas stärkster Volkswirtschaft nicht genau so bezahlbar sein, wie in unseren Nachbarländern?
Die von den Menschen geschaffenen Werte (Wirtschaftswachstum) sind in den letzten Jahrzehnen sprunghaft angestiegen, so dass der zu verteilende Kuchen stark gewachsen ist. Ebenso ging die Geburtenrate zurück. Somit könnten auch die Stücke für den einzelnen Rentner größer und nicht kleiner ausfallen.

Die Rezepte, die uns die Spitzenpolitiker aus fast allen im Bundestag vertretenen Parteien Grüne, SPD, CDU/CSU, FDP und AfD verordnen wollen, sind Mogelpackungen. Alle diese Neoliberalen möchten uns die private Altersversorgung aufschwatzen, wissen Sie doch, was sie den Sponsoren schuldig sind.

Die Riester-Rente war ein Rohrkrepierer!

Seit deren Einführung 2001 waren die Versicherungskonzerne die Nutznießer. Viele Rentner müssten über 90 Jahre alt werden, um das eingezahlte Geld wiederzusehen.
Die gesetzliche Rente gibt 1,4 Prozent für Verwaltungskosten aus, bei privaten Versicherungen ist es oftmals das 15fache. Hohe Vorstandsgehälter, Provisionen und millionenschwere Werbekampagnen fressen bis zu 20 % der Beiträge auf, manchmal noch mehr.
R. Weber

Unsere Zeit-Zeitung der DKP

Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!
Die Print- und Online-Ausgabe gratis. Das 6-Wochen-Probe-Abo endet natürlich automatisch. Dabei entstehen für Sie keine weiteren Verpflichtungen!

CommPress Verlag GmbH , Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Telefon: 0201 177889-15 E-Mail: abo@unsere-zeit.de

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail rfan@mail.de

Infostände:
Freitags ab 09:30 Uhr am Wochenmarkt in Michelstadt